

# Pulsnitzer Tageblatt

Druckerei 18. Tel.-Nr.: Lageblatt Pulsnitz  
Wohlfahrt-Konto Dresden 21 38. Giro-Konto 146 **Bezirksanzeiger**

**Wochenblatt** Post-Konten: Pulsnitzer Post, Pilsener und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

**Er scheint an jedem Werktag**  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler  
keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundzahlen in RM: Die 42 mm breite Petitzeile (Masse's Zeilenmesser 14)  
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75  
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 % Aufschlag. — Bei  
zwangswiseiger Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz  
sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortschaften des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Breditz, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf  
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2  
Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Sub. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 265

Sonnabend, den 13. November 1926

78. Jahrgang

**Commerz- und Privat-Bank**  
Aktiengesellschaft  
Zweigstelle Pulsnitz

**Wir verzinsen**  
**Bareinlagen**  
zu günstigen Sätzen  
Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte zu kulantesten  
Bedingungen. — Sachgemäße Beratung kostenfrei

**Pulsnitzer Bank**  
e. G. m. b. H.  
Pulsnitz und Ohorn

### Amtlicher Teil.

Die Maul- und Klauenseuche unter dem Klauenviehbestande des Rittergutes  
Ohorn ist erloschen. Die mit Bekanntmachung vom 12. 10. 26 angeordneten Sperrmaßnahmen  
werden aufgehoben. An der mit Bekanntmachung vom 30. 10. 26 festgesetzten Schutzzone wird  
hierdurch jedoch nichts geändert.

Amtshauptmannschaft Kamenz, am 13. November 1926.

Anzeigen Pulsnitzer Tageblatt großen Erfolg!

## Bürger heraus!

Wahrt morgen Eure Rechte! Erfüllt Eure Pflicht!

Wählt geschlossen Liste Beyer, Feld 1 ankreuzen!

Keine Stimme den Sozialdemokraten!

### Das Wichtigste

In Paris haben Verhandlungen über Aufhebung der Militärkontrolle  
begonnen. Der Oberstaatsanwalt legte gegen das letzte Landsberger Urteil Revi-  
sion ein.  
In Berlin wurde ein Millionenschwindel aufgedeckt; die Gauner wurden  
verhaftet.  
Die französische Kammer hat heute mit 365 gegen 207 Stimmen der  
Regierung das Vertrauen ausgesprochen. Erst nach Erledigung des  
Budgets werden die Interpellationen zur Sprache kommen.  
Der Reichstag verabschiedete in zweiter und dritter Lesung das vorläu-  
fige Handelsabkommen mit Finnland und den Vertrag zur Regelung  
der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Lettland.  
Das englische Unterhaus hat heute das Elektrizitätsgesetz in dritter Le-  
sung mit 201 gegen 70 Stimmen angenommen. Damit ist die  
Zentralisierung der englischen Elektrizitätswirtschaft erreicht worden.  
Geplant ist die erste radiotelegraphische Verbindung unter Ausnutzung  
von Kurzwellen in Längen von 32 bis 35 Metern zwischen Cua-  
bor und Italien mit gutem Erfolg durchgeführt worden.  
Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages tritt heute vor der Wenar-  
gung zusammen, um den Gesetzentwurf über den Austausch deut-  
scher und skandinavischer Industriezeugnisse zu behandeln.  
Nachrichten aus Peking besagen, daß Marschall Wupeifu den Oberbe-  
fehl über seine Truppen niedergelegt habe. Andererseits bestätigt  
es sich, daß Wellington Koo, der bisherige Ministerpräsident demis-  
sioniert hat. Er wird vorläufig seine Amtsgeschäfte noch fortführen.

### Berthige und sächsische Angelegenheiten

**Pulsnitz.** (Der Beethoven-Abend) am Mon-  
tagabend im Schützenhaus, veranstaltet vom Volkshilfsvereins-  
verein wird von den Dresdner Künstlern Herbert Trantow  
(Klavier), Paul Bormann (Geige) und Bernhard Günther  
(Cello) ausgeführt. Sie sind bekannt durch ihre Mitwirkung  
in den Konzerten für neue Musik, die Paul Aron in Dres-  
den veranstaltet. Von Herbert Trantow sind dort wieder-  
holt eigene Kompositionen aufgeführt worden. Paul Bormann  
und Bernhard Günther haben vor einigen Tagen in Dresden  
Werke des berühmtesten der jüngeren deutschen Komponisten,  
Paul Hindemith, des Schöpfers der Oper Cardillac, in Ge-  
genwart des Komponisten aufgeführt. In Pulsnitz bringen  
die drei Künstler vier der schönsten Kammermusikwerke Bee-  
thovens: zwei Trios für Klavier, Geige und Cello  
darunter das berühmte Geistertrio, eine Sonate für Cello  
und Klavier und eine für Geige und Klavier, Werke, deren  
unvergängliche Schönheit jedem Musikliebenden verständlich ist.

## Der Kampf um die Aufhebung der Militär-Kontrolle

Die Vorstufe zur großen Koalition — Amerikas Politik und Europa — Mussolini gegen  
Deutschland

### Frankreich fordert Aufrechterhaltung der Kontrolle im Rheinland

Paris. Die Botschafterkonferenz trat zu einer Sitzung  
zusammen. Gegenstand der Beratungen der Botschafterkon-  
ferenz ist die Frage der deutschen Entwaffnung und der  
Zurückziehung der Interalliierten Kontrollkommission und  
ihre Ersetzung durch Kontrollorgane des Völkerbundes. In  
unterrichteten Kreisen glaubt man allerdings nicht, daß die  
Botschafterkonferenz zu endgültigen Beschlüssen kommen  
wird.

Wie zur Frage der Militärkontrolle aus gut unterrichteter  
Quelle verlautet, konnte insofern an den maßgebenden  
Stellen eine Übereinstimmung erzielt werden, als nach Ab-  
berufung der Interalliierten Kontrollkommission

nicht ein ständiges Kontrollorgan des Völkerbundes

eingerichtet werden soll. Das würde nicht nur dem deutschen  
Standpunkt entsprechen, sondern auch in Einklang mit dem  
Versailler Friedensvertrag stehen. Bekanntlich bemüht sich  
Frankreich, Deutschland auch nach Aufhebung der Inter-  
alliierten Kontrollkommission ständig überwachen zu lassen.  
In Artikel 213 des Friedensvertrages sind aber die Rechte  
des Völkerbundes genau umrissen und festgelegt, daß die  
entmilitarisierte Rheinlandzone nicht  
unter ständiger Kontrolle zu stehen habe. Man  
soll sich in diesen Fragen dahin geemigt haben, daß die  
Kontrolle nur von Fall zu Fall statt-  
zufinden habe, wenn von einem Mitglied des Völker-  
bundes oder einem Nachbar Deutschlands die Aufmerksamkeit  
des Völkerbundes auf Verfehlungen Deutschlands gelenkt  
werde und der Rat mit Stimmeneinheit der Anschauung  
beitrete, daß Verfehlungen zu befürchten seien.

In der Frage der Kontrolle der entmilitarisierten Zone  
gehen die Meinungen am weitesten auseinander. Dem  
französischen Standpunkt, daß nach der Räumung des  
Rheinlandes in der entmilitarisierten Zone ein ständiges  
Kontrollorgan bestehen bleiben muß, steht die Auffassung  
der englischen Kreise gegenüber, daß nur von Zeit zu Zeit  
eine unangemeldete Kontrolle stattfinden hätte, die der  
Untersuchung gelte, ob Deutschland in der entmilitarier-

ten Zone keine militärischen Anlagen oder Organisationen  
unterhalte.

England setzt sich besonders energisch für die Abberufung  
der Interalliierten Kontrollkommission ein, auch der Wider-  
stand der französischen Militärs scheint angesichts der eng-  
lischen Haltung schwächer zu werden. Es wäre aber ver-  
frühter Optimismus, glauben zu wollen, daß dieser für  
Deutschland bedeutungsvolle Fragenkomplex noch in diesem  
Jahre bereinigt werde. Es wird immer deutlicher, daß man  
an amtlichen französischen Stellen eine  
Verschleppungspolitik zu treiben sucht. Auf  
das bestimmteste wird in unterrichteten Kreisen auch be-  
hauptet, daß Briand zögere, einer baldigen Rückberufung  
der Militärkommission zuzustimmen, um sich nicht den An-  
griffen der französischen Nationalisten auszusetzen. Der  
Meinungsaustausch zwischen England und Frankreich über  
diese Fragen geht weiter.

### Die Vorstufe zur Großen Koalition.

Einigung mit den Sozialdemokraten über  
die Krisenfürsorge.

Berlin. In den Verhandlungen über die Erwerbs-  
losenfürsorge zwischen dem Vorsitzenden des Sozialpolitischen  
Ausschusses und den sozialdemokratischen Vertretern ist eine  
dahingehende Einigung durch Einigekommen den sozial-  
demokratischen Forderungen gegenüber erzielt worden, daß  
im wesentlichen bestimmt wird, daß die Krisenfürsorge, die  
nach der Erwerbslosenfürsorge von 52 Wochen eintreten soll,  
auch denjenigen Erwerbslosen gewährt werden soll, die in-  
der Zeit vom 1. April 1926 bis zum Inkrafttreten des jetzigen  
Gesetzes mit Ablauf der gesetzlichen Unterstützungsdauer  
aus der Erwerbslosenfürsorge ausgeschieden sind.

In der erzielten Einigung über die Krisenfürsorge ist  
noch vorgesehen, daß auch solche nach dem 1. April 1926 aus-  
gesteuerte Erwerbslose, die seitdem nicht laufend von der  
öffentlichen Fürsorge unterstützt sind, auf Antrag in die  
Krisenfürsorge aufgenommen werden sollen. Ferner ist den  
Sozialdemokraten eine Zusage gemacht worden, daß ein Härte-  
paragraf in das Gesetz aufgenommen werden soll, zugunsten  
von Arbeitern in Industrien, die von der Erwerbslosigkeit

